

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1½ Thlr.  
für ganz Preußen 1 Thlr.

24½ Sgr.

**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

## Amtliches.

Berlin, 11. Dezember. Se. Majestät der König haben Allergnädigst ge-ruht: Dem Appellationsgerichts-Sekretär, Kanzleirath Johann Philipp Breitenbach zu Naumburg an der Saale den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Schäfmeister Christian Krieger auf der Domäne Barby das Allgemeine Ehrenzeichen und dem Antheilbesitzersohn Anton Gedig zu Dangen im Kreise Altenstein die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Land-Rentmeister Wiegner in Merseburg den Charakter als Geheimer Rechnungs-Blatt zu verleihen; den Kreisgerichts-Rath Moellenhoff in Hamm zum Rath bei dem Appellationsgericht dasselbst; so wie den Staatsanwaltsgesetzten Schaper in Lüdit zum Staatsanwalt bei dem Kreisgericht in Lüdt; und den bisherigen Konular-Agenten J. G. Claussen in Bremenhaven zum Vice-Konsul dasselbst zu ernennen; endlich dem Kommandeur der 10. Division, General-Lieutenant von der Weule, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen Königlicher Hofrat ihm verliehenen Komtur-Kreuzes erster Klasse des Haussordens vom Weißen Falken, und dem Kommandeur des 5. Ostpreußischen Infanterie-Regiments Nr. 41, Obersten von Knorr, zur Anlegung des des Kaisers von Österreich Majestät ihm verliehenen Ordens der Eisernen Krone zweiter Klasse zu erhalten.

Die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Dr. Evers als ordentlicher Lehrer bei der Realschule zu Münster ist genehmigt worden.

Nr. 294 des St. Anz's enthält Seitens des L. Justiz-Ministeriums ein Erkenntniß des L. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte, vom 8. Dezember 1860, daß gegen wegebaupolizeiliche Anordnungen der Rechtsweg ungültig ist.

## Telegramme der Posener Zeitung.

London, Dienstag 10. Dezbr. „Daily News“ erinnert daran, daß die Konferenz zu Paris zur Zeit das Prinzip angenommen hatte, daß, wenn in Zukunft Staaten in Konflikt gerieten, sie die guten Dienste einer befreundeten Macht in Anspruch nehmen sollten, ehe sie die Waffen entscheiden ließen. Da die Vereinigten Staaten von Nordamerika damals diesem Prinzip beigestimmt haben, so wäre hierdurch ein Weg angebahnt, auf welchem ein gesunder Sinn Amerika zu einer ehrenvollen Lösung des Konfliktes führen könnte. England und Amerika hätten daher die moralische Pflicht, die guten Dienste einer befreundeten Macht nachzusuchen.

(Eingeg. 11. Dezember, 9 Uhr Vormittags.)

## Deutschland.

**Preußen.** (Vom Hause; Tagessachen.) Der König befindet sich nach den vom Jagdschlosse Lüdingen hier eingegangenen Nachrichten dort im besten Wohlbefinden und hatte gestern eine längere Konferenz mit den Ministern v. Auerswald, v. Moon und Grafen Bernstorff. Heute früh ist Dr. v. Auerswald bereits wieder hierher zurückgekehrt und hatte bald nach seiner Ankunft eine Befprechung mit dem Minister des Innern Grafen Schwerin. Morgen früh treffen auch die Minister Graf Bernstorff und v. Moon aus Lüdingen hier ein; um 11 Uhr Vormittags soll unter dem Vorsitz des Herrn v. Auerswald ein Ministerrat abgehalten werden. — Die Königin mache heute Nachmittag bei dem schönen Wetter eine Spazierfahrt nach Charlottenburg und kehrte längs des Neuen Kanals hierher zurück, fuhr aber gleich ins Schloß und begrüßte dort die kurz zuvor von Schwerin hier eingetroffene Frau Großherzogin Alexandrine. Der großherzogliche Gesandte Baron v. Hopfgarten, welcher mit dem Stadtkommandanten General v. Alvensleben und dem Polizeipräsidenten v. Winter zum Empfange der hohen Frau auf dem Bahnhofe anwesend war, hatte die Ehre zu Tafel gezogen zu werden. Um 7 Uhr Abends fuhr die Frau Großherzogin zum Besuche der Königin Witwe nach Schloß Sanssouci. — Die hier anwesenden Mitglieder der königlichen Familie sind heute Abend bei der Königin zum Thee und haben auch die Fürstinnen Radziwill, die Gräfin Bernstorff, Lady Costus &c. Einladungen erhalten. Der Prinz Adalbert hatte heute Vormittags eine längere Unterredung mit dem Direktor im Marineministerium General v. Niebel. Wie verlautet, sind neuere Nachrichten von der „Almazone“ eingegangen, die an deren Untergang nicht langer zweifeln lassen. Viele Familien sind dadurch in die nicht langer versteckt worden. Unsere Sängerin Frau Köster beweint ihren einzigen Sohn. — In diesen Tagen werden die Münster v. Wagnsdorf und v. Larisch aus Weimar und Altenburg hier erwartet und sollen alsdann die Verhandlungen in Betreff der Militärkonvention weitergeführt werden. — Der französische Bevollmächtigte de Clercq ist von seinem Unwohlsein wiederhergestellt und hat die Einladung des Ministerialdirektors Delbrück zum Diner angenommen. — Das Landes-Dekonomie-Kollegium hält gegenwärtig Sitzungen und sind zu demselben alle Mitglieder einberufen. Heute gab der Minister Graf Pückler ein Diner, zu welchem die Hälfte der Mitglieder geladen war; die anderen kommen morgen an die Reihe.

■ Berlin, 10. Dez. [Die Festungskommission; Beurlaubungen; Vermischtes.] Über die zur Beurtheilung des gegenwärtigen Vertheidigungszustandes der preußischen Festungen hier versammelt gewesene Fachkommission vermitteilt man nachträglich noch, daß der Anlaß zu deren Zusammentritt bis zu den Belagerungsmanövern von Jülich zurückdatirt, wo die dortigen schweren Schieß- und Beschlußversuche durch ihre Resultate die Veranlassung wurden, daß sofort die Aufnahme des derzeitigen Vertheidigungszustandes der preußischen Festungen, namentlich auch in baulicher Beziehung, Alerhöchstenorts befohlen wurde. Früher noch, schon unter dem Ministerium Bonin, waren außerdem ähn-

**Inserrate**  
(1½ Sgr. für die fünfgespaltenen Beile oder deren Raum; Reklamen verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer, nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

gebracht. Nach jedem einzelnen Paragraph des in Knittelversen abgefaßten Sündenregisters brach ein neuer gräßlicher Lärm los, doch wurde an Hab und Gut nichts gefährdet. Nach heendeter Scene erscholl schier mit ohrenzerreibender Stärke ein dreimaliges Hoch auf den Prinzen Karl und auf den Herren Landrichter. So dann bewegte sich der Haufe nach Gmund, um den Spektakel an einem anderen Auserlesenen zu wiederholen. Es scheint, daß dieses zwischen der Isar und dem Inn gehandhabte Volksgericht, welches bei der Ohnmacht der Gesetz in den Zeiten des 30jährigen Krieges zum erstenmal aufgetaucht, trop. Execution, Arrest und eiserne Strenge unausrottbar bleibt.

**Baden.** Heidelberg, 8. Dez. [Erkenntniß.] Die B. L. Z. teilt folgende für die Presse interessante gerichtliche Entscheidung mit: Das „Heidelberger Journal“ war seit einer Reihe von Jahren Eigenblum des Buchhändlers Friedrich Göp in Mannheim, beziehungsweise dessen Nachfolger, und Buchdrucker Reichard dahier hatte dasselbe seither in Druck und Verlag, und zwar pachtweise gegen eine fest bestimmte Pachtsumme. Nach Ablauf der Pachtzeit gründete Reichard mit Dr. Pickford die „Süddeutsche Volkszeitung“ und wollte derselben auch zugleich den Namen des von ihm bis dahin verlegten, in Pacht gehabten Blattes „Heidelberger Journal“ beilegen. Dieses ist demselben nun untersagt, und zwar bei Vermeidung einer Strafe von 100 Fl. für jede unter diesem Titel erscheinende Nummer. Der Gerichtshof erkannte, daß nach bestehenden Rechtsgrundlagen Derselbe, welcher eine Zeitung unter einem bestimmten Titel herausgibt, einen Andern von dem wiederholten Gebrauch dieses Zeitungstitels auszuschließen berechtigt sei. Die Herausgabe einer Zeitung wird als ein gewerbliches Unternehmen betrachtet, bei welchem sich an den Titel ein gewisser Kreis von Abnehmern und Solchen, die das Blatt zu öffentlichen Ankündigungen benutzen, anschließt, und wodurch dem Unternehmen Geldmittel zufliessen, und der Titel eine vermögensrechtliche Bedeutung erhält.

**Bremen.** 9. Dez. [Bertrag wegen der Flotte.] Wie die „Weserzeitung“ vernimmt, werden Mitte nächster Woche Bürgermeister Duckwitz und Senator Gildemeister sich nach Berlin begeben, um über die zwischen Preußen und Bremen abzuschließende Flottenkonvention zu verhandeln.

**Mecklenburg.** Neustrelitz, 9. Dez. [Strafrechtliche Verordnung.] Der Großherzog hat unter 18. v. Mts. folgende Verordnung erlassen: „Zur Sicherung der auf den Büroschriften des Artikels 178 der peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karls V. beruhenden beständigen Praxis Unserer Gerichte wegen der Bestrafung versuchter Verbrechen gegen neue Theorien, die bereits zu abweichenden Erkenntnissen veranlaßt haben, verordnen Wir nach hausvertragsmäßiger Kommunikation mit Sr. L. H. dem Großherzoge von Mecklenburg-Schwerin und nach stattgehabter Verhandlung mit Unseren getreuen Ständen das Nachstehende: 1) Ein beabsichtigtes, aber nicht zur Vollendung gekommenes Verbrechen soll als Versuch desselben nur dann bestraft werden, wenn der Thäter zu der Vollführung des Verbrechens Mittel gebraucht hat, durch welche ihrer allgemeinen Beschaffenheit nach das beabsichtigte Verbrechen verübt werden konnte, und wenn er dieselben auf einen Gegenstand angewendet hat, an welchem seiner allgemeinen Beschaffenheit nach die Vollendung des Verbrechens möglich war. Dagegen schließt 2) der Umstand, daß ein an sich geeignetes Mittel wegen seiner konkreten Mängelhaftigkeit, Unzulänglichkeit oder unworklichen Anwendung oder wegen der besonderen Beschaffenheit des an sich geeigneten Gegenstandes den beabsichtigten Erfolg nicht hervorbringen konnte, die kriminelle Strafbarkeit des Versuches nicht aus.“

**Sächs. Herzogth.** Weimar, 9. Dez. [Differenz mit dem Episkopat.] Zwischen unserer Regierung und dem Episkopat zu Fulda schwelen seit einiger Zeit wegen des Eides, den die in unserem Lande angestellten oder anzustellenden katholischen Geistlichen dem Landesherrn zu schwören haben, Differenzen. Das Fuldaer Episkopat will nämlich diesen Eid nur mit der Klausel „unbeschadet der Rechte der katholischen Kirche“ ableisten lassen, während die Regierung den Eid ohne Vorbehalt fordert, und zwar um so mehr mit Recht fordert, weil schon vor dem staatlichen Eide die Geistlichen der Kirche ihr Gelöbnis des treuen Gefolgsams abgelegt. Deshalb wurde auch früher ohne jene Klausel geschworen. In der neueren Zeit führt die Festhaltung der bischöflichen Ansicht zu praktischen Differenzen. Die Regierung erkennt ohne den bedingungslosen Eid keinen katholischen Geistlichen an und gewährt ihm ihrerseits konsequenter Weise auch keine Besoldung. Dadurch kam es vor einiger Zeit dazu, daß ein Kaplan, der als Gehilfe eines Pfarrers fungiren sollte, seine Stelle wieder verlassen mußte. So möglich auch im einzelnen Falle ein solches Vorkommnis sein mag, so ist doch die Regierung gewiß nicht in der Lage, Besoldungen an solche Diener gewähren zu können, die ihr den bedingungslosen Eid verweigern. (A. P. B.)

**Koburg.** 9. Dez. [Für die Flotte.] Die neueste Nummer der „Wochendruck“ veröffentlicht eine Quittung des preußischen Marineministeriums über weitere 30.000 Fl., welche der Geschäftsführer des Nationalvereins für den Bau einer deutschen Flotte nach Berlin gesandt hat. Inzwischen sind von dem Geschäftsführer nach Eingang obiger Quittung (am 22. Nov.) wieder 20.000 Fl. an das preußische Marineministerium abgesandt worden, so daß die Gesamtsumme jetzt 100.000 Fl. beträgt. Der Geschäftsführer des Nationalvereins hofft, daß noch vor Ende d. J. der Kostenaufwand

für ein Kanonenboot durch die Sammlung der „Wochenschrift“ gedeckt sein wird.

### Großbritannien und Irland.

**London, 7. Dezbr.** [England und Amerika.] Die Botschaft des Präsidenten Jefferson Davis hat auf die „Morning Post“ einen sehr günstigen Eindruck gemacht und das genannte Blatt redet der Anerkennung des Südens als eines unabhängigen Staates das Wort. Die „Morning Post“ schreibt im Wesentlichen wie folgt: „Wir freuen uns, daß die Botschaft von den Beziehungen des Südens zu England in so freundlichem Tone spricht, während wir in einer kritischen Unterhandlung mit dem Norden begriffen sind und an eine Intervention in Mexiko gehen. Dieses ist in der That die einzige erfreuliche und bedeutsame Kunde, die wir mit der letzten Post erhalten haben. Die Botschaft des Präsidenten Davis erscheint uns doppelt befriedigend wegen der Festigkeit und Entschiedenheit, mit der sie dem Washingtoner Kabinett entgegentritt; denn gestehen wir einmal zu, daß die Eroberung des Südens so gut wie unmöglich ist, so kann der Frieden zwischen den zwei Kriegsführenden eher durch die Kundgebung südlicher Stärke, als Schwäche, wiederhergestellt werden. Es zeigt gewiß nicht wenig von der Thatkraft und Leistungsfähigkeit des Südens, daß seine Finanzlage sich gebessert, und daß die Regierung an Kraft und Stabilität gewonnen hat. Der Norden hatte bisher ungeheure Vortheile in Bezug auf Mannschaft und Geld, und dadurch, daß er, vermöge seiner Beherrschung des Meeres, Kriegsmaterial aus England beziehen konnte. Präsident Davis wird ohne Zweifel frische Zuversicht schöpfen, wenn er die zwei königlichen Proklamationen liest, die in letzterer Beziehung den Norden und den Süden gleichgestellt haben. Die Zeit ist sicherlich gekommen, da wir den Gläubern an eine Wiedervereinigung der Staaten schlechterdings aufgeben und die Unabhängigkeit des Südens jedenfalls als Thatache anerkennen müssen. Eine Stelle der Botschaft wirkt, wie es scheint, einiges Licht auf die Sendung des Herrn Mason und Slidell. Die konföderirten Staaten, sagt Präsident Davis mit offenbarem Gefühl des Stolzes, sechsen ihre Schlachten selbst aus und haben keine Hilfe beim Auslande gesucht. Aber sie hatten ein Recht, Europa die Frage vorzulegen, wie sich die Papierblöade des Südens mit dem anerkannten völkerrechtlichen Grundzüg über Blokaden verträgt. Es läßt sich billiger Weise annehmen, daß dieses eine der Fragen war, um deren Willen die Herren Slidell und Mason nach Europa gesandt wurden. Eine andere Nachricht, die mit dieser Post gekommen ist, droht die Blokadefrage in ein ganz neues Licht zu legen. Es heißt, daß 25 mit schweren Steinen beladenen Schiffe von Norden abgefegelt sind, um in der Einfahrt eines südlichen Hafens versenkt zu werden. Die Unionregierung muß wissen, daß hiermit die rechtliche Blokade aufgehoben ist. . . . Unsere Beziehungen zu den südlichen Staaten haben fortan eine ungewöhnliche Bedeutung. Diese Staaten haben eine Stellung eingenommen, die uns wohl zwingen muß, an die Permanenz ihrer unabhängigen Konföderation zu glauben.“ — In ähnlichem Sinne, wie die „Morning Post“, spricht sich der „Morning Herald“ aus. — Die toristische „Press“ ist mit dem Gutachten der englischen Konjuristen sehr unzufrieden. Sie fürchtet, die Regierung von Washington werde sagen: „Ihr habt Recht, daß die Form nur zur Hälfte gewahrt worden ist, und wir wollen die vier gefangen genommenen Herren deshalb vor ein Admiralsgericht stellen.“ Dieses Gericht würde sie ohne Zweifel für gute Preise erklären. Und was dann? — Der „Economist“ und die „Saturday Review“ wünschen lebhaft eine Beilegung des englisch-amerikanischen Streites, ohne jedoch in ihren Friedenshoffnungen languinisch zu sein. — [Tagesnotizen.] Die Besorgniß, daß bei einem Kriege zwischen England und Amerika, die atlantischen Postschiffe bedroht seien, ist grundlos. Kraft eines am 15. Dez. 1848 zwischen England und den Vereinigten Staaten abgeschlossenen Vertrages sind die resp. Postdampfer beider Staaten noch 6 Wochen nach erfolgter Kriegserklärung vor jeder Belästigung sicher gestellt. — Privatbriefen aus Rio zufolge hatte General Webb, der Gesandte der Vereinigten Staaten daselbst, von der brasilianischen Regierung die Absezung des Gouverneurs von Maranhão gefordert, weil er dem Kaperschiff „Sumter“ das Einnehmen von Kohlen gestattet habe. — Ein Korrespondent des „Manchester Guardian“ will aus bester Quelle erfahren haben, daß sich unter den Passagieren des „Trent“ der Kapitän des oft genannten feindlichen Kaperschiffes „Sumter“ befunden und daß dieser ruhig seine Zigarre auf dem Deck geraucht habe, während die Gefangenennahme der Kommissare vor sich ging. Ob er sich unter fiktitem Namen auf der Passagierliste eingetragen hatte, ist nicht bemerkt. Seine Gefangenennahme hätte in New York vielleicht noch größere Freude erweckt, als die der Kommissare. — Sir John Arnott, Major von Cork und Unterhausmitglied, legt mit einem Kostenauswände von 40,000 Pf. St. eine Mühle und Bäckerei an, um den Armen während des Winters Brot und Kostenpreise liefern zu können. — Der erst vor Kurzem zum britischen Konsul in Kairo ernannte Fred. Henry Crowe ist, während er bei seinem Vater in England auf Besuch war, vor wenigen Tagen gestorben. Er war erst 34 Jahre alt und hatte nach einander die Stelle eines Vizekonsuls in Tripolis, Bengazi und Susa bekleidet. — Die „Times“ bringt eine ausführliche Beschreibung des im Bau begriffenen, nach einer eigenthümlichen Methode entworfenen, amerikanischen Panzerschiffes, der bereits erwähnten „Stevensischen Batterie“. Auf die technischen Einzelheiten können wir uns hier nicht weiter einlassen. Genug, daß das Schiff, wenn es zur Aktion kommt, im Stande sein soll bis fast an den Rand ins Wasser versenkt zu werden, um gegen feindliche Kugeln geschützt zu sein. Die Armatur besteht somit aus Wasser statt aus Eisen. Die Geschüze stehen frei auf dem Deck und würden somit jedes Schutzes entbehren. Dies, und die Überzeugung, daß die projektile Eintauchung bei nur einigermaßen bewegter See unausführbar sei, veranlaßt die „Times“ zur Bemerkung, daß diese Batterie keiner modernen Fregatte widerstehen könne. Der Bau wurde übrigens schon im Jahre 1842 begonnen, aber später unterbrochen, nachdem die Regierung ungefähr 500,000, und der Erfinder selbst 200,000 Doll. verausgabt hatte. — Die neuesten Berichte aus den Goldminen von Kolumbien (Britisch-Nordamerika) lauten überaus günstig. Ihnen zufolge sind außerordentlich wertvolle Entdeckungen gemacht worden, und haben an mehreren Punkten einzelne Goldgräber größere Gewinne gemacht, als je früher in Kalifornien oder Australien erhört waren. Daz Personen regelmäßig 10—30 Pf. St. täglich verdienen, soll durch-

aus nicht zu den Seltenheiten gehören. Zwei Arbeiter machen in wenigen Wochen 1400 Pf. St. und Niemand soll enttäuscht werden sein. Wenn sich diese Angaben bestätigen, wird es an Abenteuerern nicht fehlen, die ihre Schritte nach dem neuen Goldland richten. Vorher ist der Mangel einer Dampferlinie zwischen San Francisco und Victoria ein großes Hindernis für Zugänger.

### Frankreich.

**Paris, 8. Dez.** [Tagesbericht.] Durch kaiserliche Entscheidung vom 5. d. sind wieder mehrere neue Kriegsschiff-Kommandeure ernannt. — Der Marineminister ist gestern inkognito von hier nach Brest und Vorient abgereist. Wie es heißt, hat er eine Mission zu erfüllen, die auf die eventuelle Bereithaltung von zehn Kriegsschiffen für den 15. bis 20. Dez. Bezug hat. — Die hiesige Regierung hat Depeschen des französischen Geschäftsträgers in Washington, Mercier, empfangen, worin derselbe über das Anerbieten des Präsidenten Lincoln berichtet, sofort die dem französischen Schiffe „Jules und Marie“ gebührende Entschädigung für eine von dem „San Jacinto“ ihm durch ein Mißverständnis zugefügte Havarie entrichten zu wollen. Es kann dies der hiesigen Regierung, die zu einer strikten Neutralität vorläufig entschlossen ist, nur angehn sein, denn es fällt damit auch der Vorwand zu einer weiteren Reklamation hinweg. Doch wird dieses Verfahren der Washingtoner Regierung in England nur zu einer noch mißgünstigeren Beurteilung der Angelegenheit des „Trent“ beitragen. — Graf Culenburg ist nach Unterzeichnung des Vertrages mit China, zu welchem Zwecke er drei Wochen in Peking verweilte, laut einer Nachricht des „Moniteur“ nach Siam abgereist. Die Pelinger Nachrichten des „Moniteur“ sind vom 13. Oktober. — Der Marquis de Flers, das Objekt einer so merkwürdigen als unerhörten Anwendung des Sicherheitsgesetzes (er wurde bekanntlich, weil er für das „Dresdener Journal“ Korrespondenzen schrieb, wegen feindseligen Verständnisses mit dem Auslande verurtheilt), hat jetzt seinen Abschied genommen. In dem an den ersten Präsidenten des Rechnungshofes, dem er als Mitglied angehört hat, gerichteten Schreiben sagt er, das Bewußtsein der Unschuld erleichtere ihm die schwere Pflicht, einem hohen und ehrenvollen Dienste zu entgegnen. — Der Ingenieur Durand, den der „Constitutionnel“ neulich, um die Zustände des Kantons Genf als wahrhaft mörderische zu brandmarken, kost aus dem Genfer See gezogen hatte, ist, wie sich jetzt herausstellt, in Mühlhausen (Elsass) gestorben. — Der „Courrier du Dimanche“ wird von Neujahr ab in jeder Nummer das Portrait einer Persönlichkeit aus der politischen, literarischen oder künstlerischen Welt mit Biographie bringen. — Eine ganz skandalöse Geschichte ist der Prozeß des Maire von Coulanges. Eine ganze Bevölkerung ließ sich von ihrem Maire viele Jahre lang auf das Unerhörteste tyrannisieren, ohne auch nur die leiseste Beschwerde zu wagen. Wie er bei den Wahlen zu Werke ging, zeigt folgender Brief an seine Polizeikomissare. Die Hühner des Herrn Gérard, der sich in feindseligen Äußerungen gegen das Gouvernement gefällt, spazieren auf der öffentlichen Straße herum. Stellen sie ihn sofort unter Anklage. Verwechseln Sie aber die Hühner der Freunde der Regierung nicht mit den Hühnern der Gegner derselben.

[Die französische Okkupation Roms.] Der „Constitutionnel“ bringt einen beachtenswerten Artikel über die französische Okkupation in Rom: Frankreich besiegt Rom, um es nicht der Revolution verfallen zu lassen; an dem Tage, wo es in Italien eine Regierung und ein Volk giebt, die stark genug sind, um der Revolution nicht zu gestatten, daß sie Hand an das Papstthum legt, ist Frankreichs Mission zu Ende und seine Truppen müssen Rom räumen. Diesen Tag zu beschleunigen, ist gute Politik; die gegenwärtige Verschleppung der römischen Frage wirkt gleichverdächtig für das Papstthum wie für Italien. Was kann der Papst dabei gewinnen, wenn er ewig gegen seine Untertanen fremden Schuhes bedarf? Bleibt Alles, wie es jetzt geht, so läßt sich der Tag vorhersagen, wo das katholische Italien einer Kirchentreuung und das liberale Italien der Revolution versetzt. Gefahr ist im Verzuge! Nach diesen Vorhersagungen rechnet der „Constitutionnel“ Jahr um Jahr vor, daß die Geldopfer, die Frankreich nunmehr schon dem Schutz des Papstes gegen seine eigenen Untertanen gebracht, von 1849 bis 1861 nicht weniger als 71,524,000 Fr. für die Erhaltung von 128,225 Mann, die in diesen 13 Jahren in Rom lagen, betrugen. Diese Summe sei jedoch noch bei Weitem nicht Alles; die Monturungs-, Armirungs- u. w. Kosten mitgerechnet, müsse man 1000 Fr. für den Mann, also 1 Million für 1000 Mann im Jahre rechnen, was würde 128½ Millionen ergeben, die immer durch außerordentliche Kredite gedeckt worden seien. Nun wisse aber Jeder, daß außerordentliche Kredite Ausfälle ergeben, welche die schwedende Schuld vermehren, dies aber Zinsen zahlt, so daß zu diesen 128½ Mill. auf 13 Jahre noch mindestens 40 Mill. Zinsen kommen, so daß die französische Okkupation in Rom zum Schutz des Papstes gegenwärtig Frankreich schon 128 Mill. kostet. Nach 13 Jahren habe Frankreich wohl ein Recht, nachdem es so viel gethan, zu fragen, ob der Papst sich durch diese Opfer nicht gerade in seiner falschen Politik bestärkt gefunden habe, „um auf Vergängliches dieses Non possumus zu übertragen, was nur in Dingen gilt, die nicht vergänglich sind.“

[Die Vorgänge in Syrien.] Die Nachricht, daß der sich des Wohlwollens Frankreichs erfreuende Maronitenhäuptling, Jussuf Karam, plötzlich verhaftet worden sei, hatte die klérical Presse begierig aufgegriffen und gegen dieses, wie sie meinte, eigenmächtige Verfahren Juad Pascha's das Einschreiten Frankreichs gefordert. Der „Moniteur“ erklärt nun, daß den ihm zugegangenen Nachrichten aus Beyrut vom 21. Novbr. zufolge Juad und Daud Pascha ganz im Einverständnisse mit den europäischen Kommissarien gehandelt und keinen anderen Zweck dabei gehabt zu haben scheinen, als die Durchführung der von Europa sanktionirten neuen Organisation des Libanon sicher zu stellen. Nach der Beyruter Nachricht, welche das amtliche Blatt vollständig mittheilt, halte der neue Libanongouverneur, Daud Pascha, dessen erste Sorge die Anstellung von Mudirs (Bezirksoveraltern) gewesen war, dem Jussuf Karam die Verwaltung des Bezirks Djezzin angeboten, welcher früher zur drusischen Kaimatamie gehörte. Karam aber, ärgerlich, daß er nicht an die Spitze des Bezirkes Kesruan, aus dem er selbst stammt, gestellt war, lehnte nicht nur jenes Anerbieten ab, sondern begann auch in Eden (im Bezirk Kesruan), wohin er sich begeben, dem dortigen Mudir, Emir Medjid (Katholik von der Familie Schehab) entgegenzuarbeiten. Durch ihn aufgehegt, verweigerte das Volk die Steuern und nahm die Gendarmen des Mudir gefangen. Auch

in dem benachbarten Bezirk Kura brachen auf sein Ansitzt Unruhen aus. Nun verfügte sich Daud Pascha nach Kesruan und begleitete Karam zu sprechen. Dieser kam mit 500 Mann bis in die Nähe von Batrun und mit 500 Mann in diese Stadt selbst. Daud Pascha war so überrückstößig gewesen, den Emir Medjid Schehab einstweilen von Batrun zu entfernen. Um so hochsahender nahm sich Karam und gerierte sich als Abgeordneter des Volkes von Kesruan. Die Besprechung blieb natürlich erfolglos. Nun forderte Juad Pascha Karam auf, in Beyrut zu erscheinen. Dieser kam wirklich und gab sein Wort, dort zu bleiben und jeden Verkehr mit seinem Lande zu meiden. Die europäischen Kommissarien billigten einstimmig das Geschehene und kamen überein, mit Karam vor Einführung der neuen Ordnung nicht persönlich verkehren zu wollen. Daud Pascha durchreiste nun die nördlichen Bezirke, wo die Vornehmen und selbst Jussuf Karams Bruder sich willfährig zeigten. Die Steuererhebung begann, als man plötzlich im Bezirke Bschere das Volk abermals aufzälig machte. Daud Pascha berichtete nach Beyrut, daß Jussuf Karam dieser Bewegung nicht fremd sei und beantragte seine einstweilige Verhaftung. Darauf hin wurde Jussuf Karam zu Beyrut in die als Staatsgefängnis dienende Kaserne abgeführt. Uebrigens scheint die hiesige Regierung diesem Berichte doch nicht so vollen Glauben zu schenken; denn sie hat von Toulon sofort die Kortette „Gumenide“ nach Beyrut mit Instruktionen für den französischen Kommissar daselbst abgehen lassen. Wie der „Patrie“ die ganze Karamgeschichte beschrieben worden ist, sollen die europäischen Kommissarien von Juad Pascha duplirt worden sein. — [Chinesische Entschädigungsgeld er.] Am 18. Sept. v. J. wurde bekanntlich in Tang-Tschu (China) eine Anzahl von Franzosen und Engländern überfallen und theils getötet, theils gefangen nach Peking geführt, dort aber so schrecklich miss-handelt, daß nur einige noch mit dem Leben davorkamen. In dem mit der chinesischen Regierung später abgeschlossenen Friedensvertrage bedangen sich Frankreich und England eine Entschädigung für jene Opfer, resp. deren Familien aus, und ist darauf denn auch an Frankreich eine Summe von 200,000 Taeln, resp. 1,539,918 Fr. 87 C. gezahlt worden. Ein im „Moniteur“ veröffentlichter Bericht der Minister Thouvenel und Randon legt nun dar, wie das Geld zur Beurteilung gekommen ist. Die hinterlassenen Eltern und Geschwister der acht Getöteten (Oberst Grandchamps, Intendanturbeamter Dubut, Hospital-Beamter Ader, Missionär Abbé Deluc, Invaliden Blanquet und die Soldaten Bonichot, Faure und Uzuf) haben 973,108 Fr. 23 C. erhalten. An die sechs Andere, die mit dem Leben davongekommen sind, ist gezahlt worden: an d'Escayrac de Lauture 100,000 Fr. und 16,500 Fr. welche letztere ihm schon die Regierung vorausgezahlt, und an die Soldaten Bachelet, Roget, Ginestet und Novatin je 90,000 Fr. an den Soldaten Petit aber, der drei Säbelhiebe erhalten, 106,810 Fr. 64 C. Außerdem haben ein Kapitän, ein Zahlmeister und ein Unterlieutenant, welche ihre Effeten eingebüßt hatten, zusammen 6500 Fr. erhalten. Auch die Begräbnisskosten, mit 5003 Fr. 23 C. sind aus der Gesamt-Entschädigungssumme bestritten worden.

### Schweiz.

**Bern, 7. Dezbr.** [Grenzverlegung.] Der „Bund“ berichtet: Eine ähnliche Grenzverlegung, wie neulich bei Jussy, hat an der Lessiner Grenze stattgefunden. Zwei italienische Finanzwächter nämlich verfolgten zwei Schmuggler bis in das Gebiet der Gemeinde Sagno im Bezirk Mendrisio und nahmen ihnen ihre Waren ab. Ein vom betreffenden Friedensrichter aufgenommener Verbalprozeß bestätigt die Thatsache, woraufhin der schweizerische Minister in Turin beauftragt ist, bei der dortigen Regierung Klage zu führen.

### Italien.

**Turin, 7. Dez.** [Ratazzi über Rom und Neapel.] Die Rede des Kammerpräsidenten Ratazzi vom 4. d. ist sowohl im Betreff der Stellung der Kammermajorität zum Ministerium als in jährlicher Beziehung von Wichtigkeit. Ratazzi sagte:

Die römische Frage kann unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden: der eine geht auf die Vergangenheit, der andere auf die Zukunft. Wir stehen von einer rückblickenden Prüfung ab, da nichts dabei zu gewinnen wäre und nur eine Agitation erregt werden könnte, während wir alle der Eintracht bedürfen. Man darf nicht glauben, daß die Schwierigkeiten, welche der Erreichung unseres Ziels entgegentreten, vom Ministerium hervorgerufen worden. Es fällt mir nicht ein, zu behaupten, daß ein anderes Ministerium bereits nach Rom gelangt wäre. Auch will ich nicht behaupten, daß die angewandten Mittel die besten gewesen, oder daß die Minister selbst an ihre Weisheit sehr geglaubt hätten. Sie zogen sich zurück beim ersten vergeblichen Versuche. Ich finde die Vorwürfe, welche Herr Pisaniell der Regierung gemacht, nicht gesetzstiftend, namentlich die in Bezug auf die Auflösung der Südarmee und des bourbonischen Heeres. Man darf auch nicht vergessen, daß in Neapel Unordnungen zu vermeiden unmöglich gewesen, nachdem die Regierung der Bourbonen so plötzlich aufgehört hatte, und seinem Kabinet wäre es leicht gewesen, diese Unordnungen mit einem Male zu beseitigen. Hinterher ist es nun leichter, die Ereignisse zu beurtheilen. Doch wir wollen zur eigentlichen Frage kommen! Rom ist italienisch und muß die Hauptstadt Italiens werden. Ein Redner, der vor mir das Wort genommen, hatte Recht, zu bemerken, hierüber sei gar nicht zu diskutiren, da ja eine feste Willkür des Parlaments darüber vorliege. Rom aber ist jetzt in der Gewalt des Papstes, und der Papst wird durch die französischen Truppen geschützt. Kann man daran denken, durch Gewalt in den Besitz Rom's zu gelangen? Ich glaube, es denkt Niemand daran. Wird die französische Besetzung aufhören? Ist es möglich, daß man und unsere Hauptstadt werde vornehmthalten wollen? Ich meinerseits habe die feste Überzeugung, Frankreich wünsche das Ende der Okkupation in eben dem Maße, als wir; und ich glaube, das Aufhören der Okkupation wäre im Interesse Frankreichs. Die Besetzung Roms misfällt der liberalen Partei Frankreichs und befriedigt auch die reaktionäre und klerikale Partei nicht, da diese mehr verlangen. Der heilige Vater würde selbst den Abzug der französischen Truppen nicht ungern sehen. Er nimmt den Schutz Frankreichs nur ungern an, er misstraut der Regierung, und wenn er Rath's bedarf, so holt er sich ihn bei Ostreich. Beachten Sie wohl, meine Herren, daß die Nicht-Intervention Frankreichs jetzt etwas ganz Anders ist, als die Nicht-Intervention in früheren Zeiten, welche den blutigen Unterdrückungen Ostreichs freies Spiel ließ. Das zweite Kaiserreich hat vielmehr eine Nicht-Intervention proklamiert, der es mit den Waffen in der Hand Achtung zu verschaffen weiß. Erinnern Sie sich, daß diese Regierung das Königreich Italien anerkannt hat, nachdem bereits das Parlament Rom zur Hauptstadt erklärt hatte. Frankreich kann uns gegenüber nur eine zweifache Politik besitzen: entweder will es, daß wir schwach und gebeilt sind, und daß somit Italien seine unterwürfige Dienin sei, oder es will uns stark und mächtig haben, damit es an uns einen nützlichen Alliierten besiege. Wenn es aber das Erstere wollte, so würde es nicht für uns bei Magenta und Solferino sein Blut vergossen haben. Nein, es will, daß wir stark seien, weil es mit uns durch die Gemeinschaft der Interessen verbündet ist, und weil es hofft, daß wir in der Stunde der Gefahr an seiner Seite stehen werden. Die Regierung Frankreichs ist uns gewogen; aber wer sind unsere Feinde? Die Klerikale und die Volkslaien, jene Protestantanten, welche ehriger als die fanatischen Katholiken und die bittersten Gegner der Regierung sind. Hier von habe ich auf meiner Reise nach Paris mich überzeugen können, wie ich auch konstatte kann, welches die Erfahrungen der hervorragendsten Persönlichkeiten hinsichtlich unserer sind; und ich habe mich überzeugt,



gen so ziemlich erholt, nachdem natürlich verschiedene „souveräne Wähler“ dabei zu Tode gekommen und Anderen Arme und Beine entzweigeschossen worden sind. In der Wahlschlacht wollen beide Parteien gesiegelt haben und beide werfen sich gegenseitig Beträgerien und Gewaltthaten vor, so daß man mit ziemlicher Gewissheit vor Ablauf der jetzigen Präsidenten-Periode am 28. Juli 1862, eine Erklärung unseres jetzigen Despoten zu erwarten hat, in welcher er die Wahlen für ungültig erklärt und einstweilen erst mal wieder ein Jahr länger am Ruder bleibt. Castilla hat sich den Kaiser der Franzosen zum Vorbild genommen und fühlt sich nie mehr geschmeichelt, als wenn man ihn mit seinem Kollegen auf der anderen Hemisphäre vergleicht. Leugnen läßt sich dabei nicht, daß seine Schmeichler in mancher Beziehung Recht haben.

### Die Abgeordnetenwahlen im preußischen Staate.

(Vergl. Nr. 289)

**Wahlkreis Altenstein-Rössel:** Probst Stock zu Bischofsburg und Bürgermeister a. D. Siebert.

**Braunsberg-Heilsberg:** Prof. Menzel in Braunsberg und Landgeschworener Grunwald in Schafberg, Neukirch.

**Cositz-Schlochau:** Kreisrichter Decorti.

**Friedland-Nastenburg-Gerdauen:** Die Kandidaten der Fortschrittspartei Gynus, Dr. Techow und Rittergutsbes. v. Saucken-Georgenfelde.

**Heiligenstadt-Worbis:** Die bisherigen Abgeordneten Rechtsanwalt Stroeter und Schurath Roche in Erfurt, beide Klerikal.

**Löbau:** Dekan Bartoziwicz in Kulm.

**Sangerhausen-Eckartsberga:** Die beiden früheren Abgeordneten Pastor Graeser in Heldrungen und Rittergutsbes. Juenglen in Reinsdorf (beide Fraktion Bünke).

**Wahlkreis Sensburg-Ortelsburg:** Gerichtsdirektor Schumann aus Sensburg und Baron v. Hoyerbeck.

**Kr. Strasburg:** Rittergutsbesitzer v. Hennig-Plochott (8.) mit 104 Stimmen gegen 84 für den früheren Abgeordneten, Kreisrichter v. Lyskowksi, der zur polnischen Fraktion gehört.

**Wittlich-Bernkastel:** Bürgermeister Fier (Klerikal), Gutsbesitzer Servatius.

In Beziehung auf die Nachwahlen bemerkten wir, daß deren in Berlin 4 für den zweiten und vierten Wahlbezirk stattfinden werden, da Waldeck für Bielefeld, Birchow für Saarbrücken annehmen wird. Taddel und Westen werden für den ersten Berliner Bezirk annehmen, und da Geh. Rath Kreist sich für Bromberg entschieden hat, so werden im Wahlkreis Ost- und Westpreußen (Perleberg) drei Nachwahlen stattfinden. In Königsberg wird eine Nachwahl für Schulze-Delitzsch stattfinden; in Stettin für D. Michaelis, der für Demmin-Auklum angenommen hat. Heuer hat für Köln angenommen, so daß eine Nachwahl für Solingen-Vennep nötig wird.

### Konkurrenz.

**Posen, 11. Dezbr.** [Die Verurtheilung], welche den „Dziennik poznań“ in seinem Verleger Merzbach und seinem Redakteur Jagiełski, so wie den Maschinenbauleuten Mizerski wegen Übertretung des Vereinsgesetzes getroffen (s. Nr. 288), hat viel Aufsehen erregt. Wir können heute mittheilen, daß sowohl die Verurtheilung als die Staatsanwaltschaft Berufung gegen das Urtheil des k. Kreisgerichts eingelegt haben. Soviel uns bekannt, sind die Alten schon an das k. Appell. Gericht hierselbst abgegeben.

**B Posen, 11. Dezember.** [Stadttheater.] Die Opernvorstellungen haben in dieser Saison eine große Anziehungskraft geübt, namentlich war an den Freitagen und Sonntagen das Haus fast immer ausverkauft. Tiefschüß, Martha, Hochzeit des Figaro, Barbier von Sevilla, weiße Dame, Waffenschmid, Czaar und Zimmermann ic. fainen bisher zur Aufführung. Gestern, am 10. d., wurde Don Juan in neuer Besetzung wiederholt und bewährte seinen Zauber auf das zahlreich, namentlich im ersten Range und im Sperrtanz versammelte, für musikalische Genüsse empfängliche, gewählte Publikum. Das Orchester war verständigt, und die Aufführung eine wohl befriedigende. Hr. Grunow (Don Juan) spielte und sang zu alleseitiger Bewunderung, ohne jedoch das Dämonische und Satanische, wel-

ches in diese Rolle gelegt ist und sie eigentlich kennzeichnet, gehörig wiederzugeben. Hr. Kloz als Donna Anna sang sehr brav, eben so befreudigte Frau Brenner als Elvira. Anmutig war Hr. Holland als Zerline; ihr lärmiges und gemütliches Spiel diente sehr zum Erfolg der Oper; namentlich war auch ihre Toilette geschmackvoll, was wir auch bei den übrigen Darstellern anerkennen müssen. Hr. Schön als Euphorelo spielte seine Rolle mutter und lebhaft. Das Herablassen eines Interim-Vorhangs, um die Verwandlungen zu verdecken, führte oft zu lange Pausen herbei und störte den sonst befriedigenden Gesamteinindruck.

### Zu den Wahlen in der Provinz.

Auch im Wahlbezirk des Kroatisch-Pleschener Kreises hat die Wahl der Deputirten zum Abgeordnetenhaus das vorhergehende Resultat ergeben, daß zwei Polen gewählt worden sind. Es waren 288 polnische und 122 deutsche Stimmen abzugeben, und der Ausfall der Wahl konnte daher um so weniger zweifelhaft sein, als bei der entschiedenen Majorität der Polen, selbst ein Kompromiß außer dem Bereich der Möglichkeit lag. Für uns deutsche Bewohner des Wahlbezirkes ist dies Resultat jedenfalls niederschlagend! Es ist uns dadurch zum starken Bewußtsein gebracht worden, daß wir das höchste politische Recht des preußischen Staatsbürgers, das Wahlrecht, faktisch nicht auszuüben vermögen, so lange die Wahlkreise unserer Provinz in der gegenwärtigen Zusammensetzung bestehen bleiben.

Das Wahlrecht des preußischen Staatsbürgers ist die Blüthe des konstitutionellen Lebens, aus welcher sich unter dem Sonnenblieke parlamentarischer Freiheit das Glück, ja die ganze Zukunft der Nation als herliche Frucht entfalten soll. Freudig, stolz, voll Selbstgefühl will jeder Bürger des Staates, wenn er den Segen der Konstitution begriffen hat, dieses Recht zum Wohle des Vaterlandes üben, denn in seiner Ausübung liegt gleichzeitig die Erfüllung einer hohen Pflicht; und wer wollte wohl seines Anteils an der immer wiederkehrenden Arbeit des Ausbaues der Verfassung und der allgemeinen Entwicklung und Veredelung des Vaterlandes verlustig gehen! Welchen Eindruck muß es nun auf uns deutsche Wähler und Wahlmänner machen, wenn wir, von vornherein jeder Hoffnung bar, nur auf dem Wahlplatz erscheinen können, um eine Stimme abzugeben für einen Kandidaten unserer Nationalität, den durchzubringen wir niemals Aussicht haben! Dieser Zustand muß im Anfang bedenklich erscheinen, dann wohl erbitternd gegen die andere Nationalität, aber auch gegen die mangelhafte Einrichtung der Wahlkreise wirken, und endlich bei so Manchem Abspaltung, Ermündung und Gleichgültigkeit erzeugen. Kann es im Sinne und Interesse der Regierung liegen, diese Folgen hervorzubeschwören, und eine offbare Verkümmерung des Wahlrechtes der Deutschen noch länger bestehen zu lassen? Wir sind der Meinung, daß diese Frage sich ganz von selbst beantwortet, und leben auch der Hoffnung, daß man es aufgeben wird, die Provinz Posen in Bezug auf die Eintheilung der Wahlkreise sowohl, als auch in Bezug auf viele andere Einrichtungen, mit den alten Provinzen über einen Hamm zu scheeren. Die Verhandlungen beider Häuser des Landtages in der letzten Legislaturperiode haben es bereits im Allgemeinen bemessen, daß die Provinz Posen Zustände in sich birgt, welche sich in keiner andern preußischen Provinz vorfinden, und die Behörden der diesseitigen Provinz müssen an jedem Tage neue Bestätigungen dieser Wahrnehmung erfassen. Wenn demnach so Manches aus dem alltäglichen Leben die höheren Sphären der Verwaltung nicht erreicht, so ist es eben zu beklagen, daß wir deutsche Bewohner der Provinz eine entsprechende Vertretung am rechten Orte nicht ermöglichen und unsere Stimme ertönen lassen können.

Andere Zustände erfordern auch andere Einrichtungen und

Hilfsmittel, und die anderweitige Eintheilung der Wahlbezirke in unserer Provinz ist eine Nothwendigkeit, welche nicht allein die deutschen, sondern auch die polnischen Bewohner derselben anerkennen müssen. Wozu soll es den Polen dienen, daß sie das Geschäft ihrer Wahlen durch die fruchtbare Abstimmung mehrerer hundert deutscher Wähler aufgehalten haben? Wozu soll es sonst etwa dienen, daß die Deutschen, ganz ohne jede Aussicht auf Erfolg, ihre Stimmen unter dem deprimierenden Eindruck einer polnischen Majorität abgeben müssen? Wir wissen es nicht, und glauben auch nicht, daß es höhere, uns unbegreifliche Rücksichten für diese Einrichtung der Wahlkreise geben kann. Das wissen wir aber, daß uns nicht wohl ist in dem Bewußtsein, unser höchstes politisches Recht uns verkümmert zu sehen, und wir müssen es deshalb mit Zuversicht erwarten, diese Zustände, den Lokalverhältnissen unserer Provinz gemäß, in der nächsten Legislaturperiode geändert zu sehen.

Was noch speziell die Wahl in Koźmin anbetrifft, so ist zu erwähnen, daß die Polen wie Ein Mann für ihre Kandidaten gestimmt haben, und daß der vom Klerus instruirte Bauer oftmals den Zettel mit dem ihm aufgeschriebenen Namen des Kandidaten irrtümlich am Wahlzettel vorzeigte. Die Deutschen haben es, ungestrichen der Überzeugung, mit ihrer Wahl zu keinem Ziele zu gelangen, dennoch nicht für gleichgültig erachten können, durch welche Persönlichkeit diejenige Kandidatur vertreten sei, auf welche sie ihre Stimmen konzentriren sollten. Es ist daher auch noch kurz vor der Wahl in einer Privatversammlung ein harter Kampf gefämpft, und dessen Resultat nur „im Interesse eines Beweises deutscher Einigkeit“ dahin gelenkt worden, daß alle deutschen Stimmen (so viel uns bekannt, ohne Ausnahme) auf den Rittergutsbesitzer Kennewmann im Pleschener Kreise und auf den Kreisrichter Paetzke aus Kroatisch gefallen sind. — g.

### Angekommene Fremde.

Vom 11. Dezember.

**BUSCH'S HOTEL DE ROME.** Frau Kaufmann v. Kelch aus Bromberg, die Kaufleute Behmann aus Königsberg, Kayser, Krempfer, Herrmann und Thönemann aus Berlin, Gleichmann aus Rawicz, Ellerheim aus Glogau, Schuster aus Brieg und Schulz aus Magdeburg.

**HOTEL DU NORD.** Dekan Jankowski aus Wysock, Rittergutsbesitzer Graf Kwilecki aus Ober-Bedlig, die Rittergutsbesitzer Kennewmann im Pleschener Kreise und auf den Kreisrichter Paetzke aus Kroatisch gefallen sind.

**OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE.** Oberstleutnant im 2. Brandenburgischen Grenadier-Regiment Nr. 12 v. Colombe nebst Frau und Hauptmann in demselben Regiment v. Grevenitz nebst Frau aus Schrimm, Apotheker Tuno aus Ulm, Goslin, Probst Samberger aus Trencianka, Oberamtmann Opiz aus Lowencin, Reg. Assessor Kunze, Rentier Schulz und die Kaufleute Schulz aus Schröda und Büleborn aus Berlin.

**SCHWARZER ADLER.** Die Gutsbesitzer v. Drzeżdż aus Nowydwor, v. Suborzenieczyński aus Pujszczywo, v. Falkowski aus Pacholewo und v. Kotarski aus Kornatyi, Wirthsch. Inspektor v. Kierski aus Goniecki und Kommissarius Woyciechowski aus Unie.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Oberstleutnant v. Voß aus Witkowice, die Gutsbesitzer v. Jaraczewski aus Jaraczewo, v. Bielowski aus Smuljewo und v. Urbanowski aus Kowalskie, Partikular Kaufmann aus Königsberg, Fabrikant Klein und die Kaufleute Winkler aus Berlin, Eichler aus Magdeburg, Magnus und Assessor v. Hagen aus Breslau.

**MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN.** Die Rittergutsbesitzer v. Westarp nebst Frau aus Lubom, Guichard nebst Frau aus Gutzewo, v. Tempelhoff und Frau Rittergutsbes. v. Tempelhoff aus Domrowka, Rittergutsbes. und Lieutenant Endendorff aus Piešewo, Gräfin v. Oppen aus Lubom, Oberförster Kandidat Nobiling und die Kaufleute Gutsstadt und Bräuer aus Berlin, Brüninghaus aus Werdohl, Victor aus Woldenberg und Pächter aus Arnswalde.

**HOTEL DE PARIS.** Gutsbesitzer Golski aus Niernianowo, die Gutsbesitzer v. Wejterski aus Bożejewo, Stanowski aus Klijewo, Dydyński aus Klecko und Rutkowski aus Podlesie.

### Inserate und Börsen-Nachrichten.

#### Kundmachung.

in Warschau Kronenberg,

in Krakau F. A. Wolf,

in Brody Halberstan & Nierenstein,

in Posen Moritz & Hart-

wig Mamroth,

in Wien Kandler & Co.,

in Prag Leopold v. Laemel,

in Berlin Mendelsohn & Co.,

in Dresden Michael Kaskel,

in Breslau Ignaz Leipzig & Co.,

in Frankfurt a. M. Geb. Bethmann,

zu melden, weil die Vergütung dieser Pfandbriefe am obenannten Tage aufhört, und die

etwa über die Verfallszeit ausgezahlten Kupons vom Kapitale in Abzug gebracht werden.

Lemberg, den 7. Dezember 1861.

#### Auktion.

Bei der Möbel-ic. Auktion am Freitag den

13. Dezember c. in dem Auktionslofe, Ma-

gazinstraße Nr. 1, kommt 1/12 Uhr auch

ein elegantes polnisches Tafel-Piano

zur Versteigerung.

**Zobel**, königl. Auktions-Kommissar.

Zur Übernahme von Agenturen unter Zu-  
sicherung größter Pünktlichkeit und mög-  
licher Wahrnehmung der Interessen der betref-  
fenden Gesellschaft resp. Hauses empfiehlt sich das  
Güteragentur, Kommissions-, Speditions-  
und Nachweissungsamt von

Gustav Bamberg in Stralsund.

#### Lebensversicherungs- und Ersparnissbank

in Stuttgart.

Versicherungstand am 30. November 1861.

Policen. Vers. Capital.

Stand am 1. Januar 1861 . . . . . 4327. FL. 6,409,600.

Zuwachs bis Ende November 1861 . . . . . 842. - 1,367,300.

5169. FL. 7,776,900.

Prämien-Einnahme des laufenden Jahres bis Ende November 1861 250,140.

Ausgabe für Sterbefälle bis Ende November d. J. . . . . 58,100.

Bankfonds am 31. December 1860 . . . . . 913,400.

Dividende des Abschlusses pro 1860 . . . . . 43 Procent.

Durch diese Dividenden erweist sich unsere Bank thatsächlich

als die billigste Lebensversicherungsanstalt.

Die Anstalt beruht auf voller **Gegenseitigkeit** und gewährt Lebens-, Alters- (Aussteuer-) und Rentenversicherungen bei ganz-, halb- oder vierteljährlicher Prämienzahlung.

Zur Vermittelung von Versicherungen empfiehlt sich

der Haupt-Agent

**Th. Gerhardt,**

Wilhelmsplatz Nr. 3.

Bei nur kurzem Aufenthalt.

Gutberaungen, kranke Ballen, eingewachsene

Nägel heile ich in wenigen Minuten blut- und

schmerlos, ohne Anwendung eines Messers.

Sprechstunde von 9 Uhr ab.

Bergstr. 9. **Wwe. Oelsner.** Bergstr. 9.

Untergetholt beabsichtigt sein hierelbst süd

Nr. 205/6 am Viehmarkt in biesiger Kreis-

stadt nur allein gelegene Brauerei- und Schank-

grundstück, bestehend aus:

1) einem einstöckigen massiven Wohngebäude,

2) einem daran stossenden zweistöckigen massiven

Wohngebäude,

Die Kaufbedingungen sind in meiner Wohnung einzusehen.

**Kosten.** den 12. November 1861.

**H. Weigt**, Brauereibesitzer.

Bellage.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Schrimm,

Erlaß Abtheilung,

den 18. Mai 1861.

Das dem Rittergutsbesitzer Joseph